

# Wenn Klimakrise und Corona auf verschuldete Staaten treffen...

## Gespräche mit den Bundestagskandidat\*innen der CDU, SPD, Grünen und Linken

Die Klimakrise und dann die Corona-Pandemie haben die Ungleichheit in der Welt vergrößert und zu einer Zunahme der weltweiten Überschuldungsgefahr geführt. 132 von 148 untersuchten Ländern im Globalen Süden sind kritisch verschuldet. 21 Länder befinden sich im teilweisen Zahlungsausfall, weitere Länder stehen kurz davor. Die Weltbank ging 2020 von 120 Millionen Menschen aus, die von Armut betroffen sind. Im Jahr 2021 wird eine Zunahme von 30 Millionen prognostiziert. Statt in Gesundheit zu investieren, müssen die Länder Gelder für den Schuldendienst aufbringen.

Die UN fordert Schuldenerlasse von 1 Billion US-Dollar. Die G20 haben als Maßnahmen mit einem Schuldenmoratorium und dem Common Frame Work reagiert. Aber diese Maßnahmen sind nicht ausreichend, da nicht alle hoch verschuldete Länder berücksichtigt werden und beim Schuldenmoratorium die Privaten Gläubiger (Banken, Versicherungsgesellschaften ) nicht einbezogen sind.

Im internationalen Recht klafft schon lange eine Lücke. Bereits 2014 hat die UN die Einführung eines internationalen, transparenten Staateninsolvenzverfahren gefordert. Dieser Forderung schließen sich Entschuldungsbündnisse wie [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de), Misereor, Brot für die Welt und auch das Aalener Bündnis „Entwicklung braucht Entschuldung“ an.

Das Aalener Bündnis, zu dem DGB, Weltladen, NaturFreunde, Kath. Bildungswerk, Attac und Act for Transformation gehören, hat zu diesem Thema Gespräche mit den Bundestagskandidat\*innen Leni Breymaier (SPD), Roderich Liesewetter (CDU), Margit Stumpp (Bündnis 90 / Die Grünen) und Tim Steckbauer (Die Linke) geführt. Lediglich der FDP-Kandidat hat auf unsere Einladung nicht reagiert.

Alle vier Kandidat\*innen teilten die Sorge der Weltbank, dass ein verlorenes Entwicklungsjahrzehnt droht und dass die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) nicht erreicht werden. Alle Kandidat\*innen waren sich darin einig, dass die internationale Finanzarchitektur einer Reform bedarf. Dabei müssen auch die privaten Gläubiger einbezogen werden und Verhandlungen zwischen Gläubiger und Schuldner müssen auf Augenhöhe stattfinden. Das Existenzminimum der Ärmsten muss gesichert sein und die Grundversorgung in Gesundheit und Bildung gewährleistet werden.

Was die Ursachenanalyse für die Verschuldung im Globalen Süden angeht, gab es verschiedene Einschätzungen und Wertungen: Leni Breymaier, Tim Steckbauer, Margit Stumpp sprachen von ungerechten Wirtschaftsstrukturen, unfairen Handelsbeziehungen und den fehlenden Wertschöpfungen in den Ländern des Glöbale Süden. Tim Steckbauer erwähnte die Folgen des Kolonialen Erbes. Roderich Kiesewetter machte aufmerksam auf die Korruption der Eliten in diesen Ländern und auf die teilweise schlechte Regierungsführung in diesen Ländern. Alle vier Kandidat\*innen betonten die Verantwortung Deutschlands in der Welt. Die globale Perspektive dürfe nicht verloren gehen angesichts der innenpolitischen Probleme. Alle befragten Kandidat\*innen zeigten sich aufgeschlossen für

eine Verrechtlichung der Schuldenkrise in Form eines internationalen, fairen und transparenten Staateninsolvenzverfahrens und dessen Einbeziehung in den Koalitionsvertrag.

Herma Geiß

(Aalener Bündnis „Entwicklung braucht Entschuldung“)